

Guinea: Wie ein Bergbaukonzern beim Bauxit-Abbau Menschenrechte verletzt

von Kathrin Hartmann

Seit mehr als 40 Jahren leiden die Menschen rund um eine Bauxit-Mine in Guinea unter Landraub und der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Die Bundesregierung bürgt für ein Drittel eines 800-Millionen-Euro-Kredits, mit dem die Mine erweitert wird. 80 Prozent der Bauxit-Importe Deutschlands stammen aus dem westafrikanischen Land. Dort hat sich die Situation seit der Kreditvergabe zugespitzt: Wasserquellen versiegen, Äcker werden unbrauchbar, Menschen erkranken. 13 Dörfer haben Beschwerde bei der Weltbank eingelegt. PowerShift und FIAN unterstützen die Gemeinden, Gehör bei der Bundesregierung zu erhalten.

Den Menschen in Hamdallay ist wenig mehr geblieben als ihre Häuser aus Lehm und die Schatten spendenden Obstbäume. 40 Prozent seiner landwirtschaftlich genutzten Fläche hat das 200 Jahre alte Dorf in der Region Boké bereits an die Sangaredi-Mine verloren. Hier baut die *Compagnie de Bauxites Guinée* (CBG), zweitgrößter Bauxit-Exporteur des Landes, seit 1973 den Rohstoff ab. In Guinea befindet sich ein Drittel aller Bauxitvorkommen der Welt. Daraus wird das Aluminium hergestellt, aus dem Getränkedosen, Verpackungen und die Karosserien deutscher Autos entstehen.



Das alte Hamdallay (© Benjamin Moscovici)



Dorfchef Mamadou Bah, besucht das neue Dorf Hamdallay (© Benjamin Moscovici)

Guinea gehört mit einem Volumen von über 40 Millionen Tonnen pro Jahr (2017) zu den drei größten Produzenten der Welt. Der Staat erhält hierdurch den größten Teil seiner Steuereinnahmen. Das Bauxit liegt nah unter der Erdoberfläche, sodass für den Abbau meist nur die obersten Erdschichten abgetragen werden müssen. Jedoch ist der Flächen- und Wasserverbrauch sehr hoch.

Hierdurch werden die Lebensgrundlagen derjenigen, die in den Abbaugebieten nicht vom Bergbau leben, zerstört. Zum Beispiel im Dorf Hamdallay: Die drei Flüsse, die das Dorf mit Wasser versorgten, sind versiegt. Von den drei Wasserlöchern, die der Minenbetreiber bohrte, funktioniert nur noch eines. Mindestens zwölf weitere Gemeinden beklagen Landraub und die Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen. Frauen müssen immer weitere Wege zurücklegen, um Wasser zu holen. Die Artenvielfalt schwindet und mit ihr Arzneipflanzen sowie seltene Tier- und Vogelarten. Nutztiere haben kaum Überlebenschancen. Der rote Staub, der durch die Bergbauaktivitäten entsteht, macht Äcker und Gärten unbrauchbar, dringt in Häuser ein und macht die Menschen krank.

Bundesregierung garantiert für Kredite

Dennoch soll sich die Produktion der Sangaredi-Mine bis 2022 verdoppeln, von 13,5 auf 27,5 Millionen Tonnen. Im September 2016 stellten internationale Geschäfts- und Entwicklungsbanken hierfür Kredite von 823 Millionen Dollar bereit. Auch die deutsche Bundesregierung wurde aktiv: Ein Konsortium aus nationalen und internationalen Banken gab einen Kredit über 473 Millionen Dollar; für 293 Millionen Dollar davon übernahm die Bundesregierung eine „Ungebundene Finanzkreditgarantie“ (UFK). Weitere 200 Millionen Dollar stammen von der Weltbank-Tochter *International Finance Corporation* (IFC).

UFK-Garantien sind ein Instrument der deutschen Außenwirtschaftsförderung und Teil der Rohstoffstrategie der Bundesregierung. „Dadurch leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit notwendigen Rohstoffen“, schreibt das Wirtschaftsministerium auf seiner Website. Sie sollen Kreditgebende im Ausland gegen wirtschaftliche und politische Risiken absichern. Voraussetzung für eine UFK-Garantie ist, dass ein langfristiger Abnahmevertrag mit einem deutschen Unternehmen abgeschlossen wird.

In ihrem Jahresbericht zur Auslandsgeschäftsabsicherung von 2016 beschreibt die Bundesregierung die Sangaredi-Mine als Vorzeigeprojekt: „Die Erweiterung trägt zur Beschäftigungssicherung in der Region Boké in Guinea bei und wird den Beitrag von CBG zur guineischen Wirtschaftsentwicklung weiter steigern. Darüber hinaus wird der langfristige Abnahmevertrag die Rohstoffversorgung für AOS [Aluminium Oxid Stade GmbH] sichern und damit auch zur Beschäftigungssicherung am

deutschen Standort beitragen. Die Umsetzung des Erweiterungsvorhabens erfolgt unter der Berücksichtigung internationaler Umwelt- und Sozialstandards und hat bereits erfolgreich zu nachhaltigen Verbesserungen im Zusammenhang mit dem Minenbetrieb geführt.“ Die Bundesregierung verweist auf die acht Performance-Standards, zu deren Einhaltung die IFC ihre Kreditnehmer verpflichtet.

Blockaden und Proteste

Die Realität vor Ort sieht anders aus: „Seit dem Engagement von IFC, OPIC und der Bundesregierung haben sich die Lebensbedingungen vieler Menschen im CBG-Gebiet erheblich verschlechtert“, sagt David Pred, Geschäftsführer der NGO *Inclusive Development*. Der Konzern verstoße gegen die Vorgaben der IFC, gegen guineisches Recht und gegen internationale Umwelt- und Menschenrechtsstandards. 540 Beschwerdeführer*innen aus 13 Dörfern im Minengebiet werfen der IFC vor, die Tätigkeit der CBG und die Umsetzung ihrer Versprechen unzureichend überwacht zu haben.

Die Bundesregierung beruft sich darauf, dass bei der Minenerweiterung von „positiven Auswirkungen auf die Jugendarbeitslosigkeit auszugehen“ sei. Außerdem sichere die UFK-Garantie Arbeitsplätze in Stade. Die AOS Stade GmbH, die von der UFK-Garantie profitiert, beschäftigt 471 Mitarbeiter*innen. Bei der Sangaredi-Mine sind 2.300 Leute direkt beschäftigt, dazu kommen über Subunternehmen weitere 2.250. Im Bezirk Sangaredi leben aber knapp 80.000 Menschen. Aus den betroffenen Dörfern arbeiten kaum Menschen in der Mine, erst recht keine Frauen. Und während die Bewohner*innen der Minenstadt Sangaredi wenigstens von Strom und Leitungswasser profitieren, das die CBG bereitstellt, haben die Dorfbewohner*innen nur Verluste zu beklagen. In den vergangenen Jahren kam es deswegen immer wieder zu Blockaden und größeren Protesten. Warum nimmt die Bundesregierung derart hohe Risiken in Kauf? Bauxit aus der Region Boké wird in Deutschland überwiegend in der Autoindustrie verarbeitet. Dorthin gelangt auch das Bauxit aus der Sangaredi-Mine – auf verschiedenen Wegen. Viele führen über Produktionsstätten und Tochterfirmen des Bergbaukonzerns Rio Tinto, die zu den Anteilseignern von CBG gehören. So wird Bauxit aus Sangaredi an Rio Tintos Raffinerie Vaudreuil in Kanada geliefert und dort zu Aluminiumoxid verarbeitet. Nach mehreren Zwischenschritten wird gewalztes Aluminium an das US-Unternehmen Novelis geliefert, das auch in Deutschland Werke betreibt. Das weiterverarbeitete Aluminium wird nach China, in die USA und nach Deutschland verkauft. Novelis' deutsche Kunden sind laut Homepage Audi, BMW, Mercedes-Benz und Porsche.

Autoindustrie größter Abnehmer

Ein Teil des Bauxits geht auch direkt nach Deutschland, zum Beispiel zu AOS nach Stade. Von dort aus führt der Weg ebenfalls in die deutsche Autoindustrie: In Stade wird der Rohstoff zu Aluminiumoxid umgewandelt, das dann über den Mutterkonzern Dadco, der zu den Anteilseignern der CBG gehört, an den norwegischen Aluminiumkonzern Norsk Hydro nach Hamburg geht. Und Norsk Hydro liefert an Audi, BMW und Daimler. Dies dürfte der wahre Grund dafür sein, warum die Bundesregierung die UFK-Garantie für das Vorhaben gab und den damit verbundenen Abnahmevertrag mit AOS Stade als von so großem „gesamtwirtschaftlichen Interesse“ bewertet. Dies legt sie – auch auf wiederholte Nachfrage – jedoch nicht offen. Die Bundesregierung hat somit eine direkte Mitverantwortung für Menschenrechtsverletzungen im Bergbau. Sie kann sich nicht auf den Standpunkt zurückziehen, dass sie keinen Einfluss auf die Bedingungen am Anfang der globalen Lieferketten habe. Denn über die Vergabe von Kreditgarantien trägt sie zum Ausbau von Minenprojekten bei, obwohl sie über Umweltschäden und die Ausbeutung der Menschen vor Ort Kenntnis hatte. Die Vergabe von Kreditgarantien muss daher reformiert werden. Bei der Versorgung der deutschen Autoindustrie mit Rohstoffen müssen die Menschenrechte gewahrt werden. FIAN hat für die guineischen NGOs Kontakt zu deutschen Ministerien hergestellt (BMZ, BMWi) und in Gesprächen mit dem BMZ und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sichergestellt, dass diese den NGOs vor Ort antworten. PowerShift und FIAN machen sich zudem für ein Lieferkettengesetz zur Stärkung der Menschenrechte in der globalisierten Wirtschaft stark.

Kathrin Hartmann ist Journalistin und Buchautorin („Die Grüne Lüge“). Ihr neues Buch „Grüner wird's nicht. Warum wir mit der ökologischen Krise völlig falsch umgehen“ ist im Blessing Verlag erschienen. Langfassung des Artikels mit Literaturhinweisen unter: <https://power-shift.de/landraub-fuer-deutsche-autos>

